

Armee, Siedler und „jüdischer“ Terrorismus – eine eiserne Allianz gegen die Palästinenser:innen

Thomas Vescovi, orientxxi.info, 06.12.21

Die Angriffe auf palästinensische Zivilist:innen in den besetzten Gebieten nehmen zu, und israelische Menschenrechtsorganisationen sind darüber besorgt. Das ist jedoch nicht neu, zumal das Militär die gewalttätigsten unter den Siedler:innen in der Regel ungestraft gewähren lässt.

Die israelische NGO *Yesh Din* („Es gibt ein Gesetz“) zählte zwischen 2005 und 2019 1.293 Beschwerden⁽¹⁾ über Übergriffe von Siedler:innen auf Palästinenser:innen in der Westbank, darunter direkte Gewalt, Vandalismus gegen das Eigentum von palästinensischen Bewohner:innen oder versuchter Landraub. In 91% der Situationen werden die Anzeigen von der israelischen Polizei ohne weitere Maßnahmen eingestellt.

In jeder Siedlung bezahlt der Staat mindestens eine/n Offizier/in, die/der den Schutz der Siedlungen durch die Rekrutierung von Freiwilligen und die logistische Unterstützung durch die Armee organisieren soll.

B'tselem, die das Apartheidsystem, das auf dem gesamten von Israel kontrollierten Gebiet eingerichtet wurde, beleuchtet hat, berichten⁽²⁾ von 451 Angriffen von Siedler:innen zwischen 2020 und September 2021, bei denen fünf Palästinenser:innen getötet wurden.

Die israelischen Sicherheitskräfte waren in 183 Fällen anwesend, ließen die Angriffe zu oder beteiligten sich an ihnen, indem sie Gummigeschosse und Tränengasgranaten auf Palästinenser:innen abfeuerten, die versuchten, sich zu wehren. Schlimmer noch, in 22 Situationen nahm die Armee überfallene Palästinenser:innen fest und ließ die Angreifer:innen frei.

In einer Erklärung vom 10. November äußerten sich die Expert:innen des UN-Menschenrechtsrats alarmiert über die „massivste“ Gewalt der israelischen Siedler:innen, die „in den vergangenen Jahren verzeichnet wurde“. Palästinensische NGOs warnen schon seit Ewigkeiten vor dieser Situation, doch die Besorgnis der israelischen Organisationen zwingt die internationale Gemeinschaft und sogar die israelische Regierung, sich des Themas anzunehmen.

Es bleibt nur, dieses Phänomen als das zu begreifen, was es ist: nicht als isolierte „Vorfälle“, sondern als Erbe eines „jüdischen“ Terrorismus, der aus der zionistischen Kolonisierung hervorgegangen ist.

„Ihr seid die Wächter der Siedlungen“

In einem Büchlein mit dem Titel *On Duty* sammelt *Breaking the Silence* 36 Zeugenaussagen von Soldat:innen und Offizier:innen, die die wiederkehrenden Gewalttaten israelischer Siedler:innen aus nächster Nähe erlebt haben. Die Organisation beleuchtet die praktische und strategische Realität dieser Angriffe von Siedler:innen, die versuchen, die Enteignung zu intensivieren und durch Einschüchterung sowie Gewalt eine „effektive Übernahme“ von so viel Land wie möglich zu gewährleisten.

Nir Avishai Cohen, ehemaliger Sprecher von *Breaking the Silence* und ehemaliges Mitglied einer Kampfeinheit der Armee, verweist auf das israelische Rechtssystem als erstes Hindernis beim Zurückdrängen dieser Siedler:innen. Als israelische Staatsbürger:innen unterliegen sie der Zivilgerichtsbarkeit, im Gegensatz zu den Palästinenser:innen, die einer militärischen Sonderjustiz unterworfen sind. Bei Zusammenstößen oder Zwischenfällen in der Westbank sei die Armee als erste vor Ort und würde systematisch die Palästinenser:innen zurückweisen, auf die sie einen konkreten Einfluss habe, anstatt die Siedler:innen, die wüssten, dass sie in Abwesenheit israelischer Polizist:innen keine Verhaftung riskieren würden.

NGOs kritisieren allerdings die umstrittene Rolle der Offizier:innen, die die Verteidigung der Siedlungen koordinieren sollen. In jeder Siedlung bezahlt der Staat mindestens eine/n Offizier/in, die/der den Schutz der Siedlungen durch die Rekrutierung von Freiwilligen und die logistische Unterstützung durch die Armee organisieren soll. Hinzu kommen ideologische und naturgegebene Verbindungen, die in den von *Breaking the Silence* gesammelten Aussagen zum Ausdruck kommen. Ein Unteroffizier, der 2017 in der Region Yitzhar operierte, berichtet:

Sie sind die Wächter:innen der Siedlungen und so etwas wie der Engel, der das Gebiet bewacht. Aus Ihrer Sicht sind die Jüdinnen und Juden die Leute, die ihnen Essen bringen und nett zu Ihnen sind, wenn Sie auf Patrouille sind, so nach dem Motto „Vielen Dank, dass Sie uns beschützen“. [...] Es ist nicht so einfach, Mittel zur Auflösung von Unruhen gegen sie einzusetzen. Denken Sie daran, dass sie „unsere Leute“ sind und nicht angetastet werden dürfen.

Rechtsextremismus erhält Zuspruch

Im Zentrum der Besiedlung der 1967 eroberten palästinensischen Gebiete entstanden mehrere extremistische Gruppen, die von dem Wunsch motiviert waren, die einheimische Bevölkerung zu terrorisieren und bei ihr jeden Wunsch nach Unabhängigkeit oder auch nur nach politischen Forderungen mundtot zu machen. Die 1984 verbotene Organisation *Jewish Underground* kündigte mit ihrem atypischen Profil die Entwicklung einer größeren Bewegung an, die von Rabbi Meir Kahane inspiriert wurde. Der Kahanismus ist das Ergebnis einer Verschmelzung der jüdischen religiösen Orthodoxie mit dem kolonialen Messianismus, der davon überzeugt ist, dass die israelischen Siege und Eroberungen ein Beweis für göttliches Eingreifen sind.

Diese Form des religiösen Zionismus, die in den ersten Jahrzehnten Israels an den Rand gedrängt wurde, erfährt über die Siedlungen eine Revanche: Bei den Parlamentswahlen im März 2021 sprachen

sich die Siedler:innen in der Westbank deutlich für die extreme Rechte aus und gaben den Kahanisten von *Hatziyonout Hadatit* (Religiöser Zionismus) 21,6 % der Stimmen, dem *Likud* 19,4 %, 29 % den ultraorthodoxen Parteien *Yadut Hatorah* (Tora-Judentum) und *Shas* (Orthodoxe Sephardim für die Tora) sowie 13,6 % an *Yamina* (Rechts), die Partei des derzeitigen Premierministers Naftali Bennett.

Die Hügeljungen sehen sich als koloniale Vorhut: der obszöne und sichtbare Teil eines Kolonialismus, den die Israelis nicht gerne wahrnehmen, obwohl er sehr wohl das Ergebnis der Ideologie ist, die im Zentrum der Gründung ihres Staates steht.

Die Entstehung eines Friedenslagers in den 1980er Jahren und der Amtsantritt von Itzhak Rabin 1992 trugen zur Radikalisierung der Siedler:innen bei. Einerseits wurden auf dem Land immer mehr - auch nach israelischem Recht - illegale Außenposten errichtet, die von der nationalistischen Rechten unterstützt wurden, die gegen jegliche territoriale Verhandlungen mit den Palästinenser:innen war, andererseits veränderte die Normalisierung des Austauschs mit Jassir Arafat das Verhältnis der Kolonialbewegung zu den „Linkszionisten“.

Während diese bislang in den Augen der extremen Rechten aus „fehlgeleiteten Juden“ bestand, die aber wegen ihrer früheren militärischen Siege respektiert wurden, wurde Rabin zu einem Verräter, der gegen die Interessen des jüdischen Volkes handelte.

Aus der Perspektive eines Baruch Goldstein oder Yigal Amir, die 1994 das Massaker in der Moschee von Hebron verübten bzw. 1995 Rabin ermordeten, muss sich das israelische Volk vereinen, um seine Rettung vor der arabischen Bedrohung zu sichern, und deshalb mit denjenigen Schluss machen, die mit dem Feind paktieren und so den Staat absichtlich schwächen.

Die Strategie des ständigen Schikanierens

Mehr noch als der Oslo-Prozess förderte die zweite Intifada extremistische Tendenzen bei einer neuen israelisch-jüdischen Jugend, die nicht mehr unbedingt aus den Siedlungen stammte. Dieser Aktivismus trifft auf eine andere israelische Gesellschaft, ein damals noch aktives Friedenslager, das jedoch unter verschiedenen spezialisierten NGOs aufgeteilt ist. Diese leiten rechtliche Schritte gegen jeden Außenposten ein und hoffen so, die Gründung neuer Siedlungen zu verhindern. Zwischen 2005 und 2012 ordnete der Oberste Gerichtshof Israels 27 Abrisse an, was die Entschlossenheit der Siedler:innen jedoch nicht minderte: Immer mehr von ihnen fanden sich in den hastig auf Hügelkuppen errichteten Fertighäusern ein, um die palästinensische Bevölkerung daran zu erinnern, wer der „Herr“ über das Gebiet ist, und die antikolonialen NGOs zu zermürben, die bei jedem neuen Außenposten alle Verfahren von vorne beginnen mussten.

In dieser Dynamik häuften sich ab 2008 die sogenannten *Tag Mehir*-Operationen (der zu zahlende Preis), ein Vorgehen, das von jüdischen Extremisten gefordert wurde und sich gegen die palästinensische Bevölkerung, die israelische „Linke“, jegliche Legitimierung von Staatssymbolen und territoriale Zugeständnisse in der Westbank oder deren Unterstützung richtete. Vandalismus in palästinensischen

Dörfern, Abbrennen oder Abholzen von Olivenbäumen, die palästinensischen Familien gehören, Steinwürfe auf Bauern oder Olivenpflücker...

Die *Noar ha gvaot* (Hügeljugend) ziehen die Aufmerksamkeit der Medien und der Ermittler:innen auf sich, da sie fast alle Akteure des *Tag Mehir* stellen. Die Bewegung war bis Anfang der 2000er Jahre relativ schwach, gewann dann aber als Reaktion auf die zweite Intifada und die Auflösung der Siedlungen im Gazastreifen an Bedeutung. Junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren mit unterschiedlichen Profilen nehmen einen Lebensstil an, der sich um Gebet, Meditation und Gesang dreht. Sie wandern in der Westbank zwischen den Außenposten umher, meist mit einem Poncho, Wanderschuhen und einer bunt bestickten Kippa bekleidet.

In der Praxis genießen die Außenposten jedoch in den allermeisten Fällen weiterhin die stillschweigende Unterstützung der Kolonialverwaltung, die ihnen den Anschluss an die Wasser- und Stromversorgung erleichtert.

Einige zeigen eine Verbundenheit mit der landwirtschaftlichen Arbeit und sehnen sich nach einer Erfahrung der Rückkehr zum Land, inspiriert von den Pionieren des Zionismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Andere drücken eine Revolte gegen ihre bürgerliche oder autoritäre Erziehung aus und lassen sich leicht in diese Lebensräume außerhalb des traditionellen Rahmens integrieren. Einige Gruppen schließlich bestehen aus Jugendlichen, die durch den Verlust eines Bruders oder Cousins bei Anschlägen oder Auseinandersetzungen mit bewaffneten palästinensischen Gruppen vereint sind. In unterschiedlichem Ausmaß bekennen sie sich zum Kahanismus, der aus einem tiefen Hass auf Araber:innen, dem Wunsch, ganz „Judäa-Samaria“ durch die Vertreibung der lokalen Bevölkerung zu besitzen, und einer echten Wut auf die Armee resultiert, die als zu passiv angesehen wird, und sogar auf die Rabbiner:innen, die mit den Behörden zusammenarbeiten.

Die Zahl der Hügeljugendlichen schwankt zwischen gewöhnlich um 200 bis 300, kann während der Schulferien auf mehr als 500 ansteigen und in angespannten Situationen bis zu 1.000 erreichen. Da die israelischen Behörden sie nicht als echte Bedrohung für die Sicherheit des Landes ansehen, haben sie lange Zeit den Dialog bevorzugt und versucht, diese Jugendlichen, deren Werte in vielerlei Hinsicht mit den Interessen der israelischen Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte übereinstimmen, zu betreuen und zu kanalisieren.

Netzwerke, die aus religiösen Kreisen heraus aktiv sind

In ihrer bereits erwähnten Erklärung werfen die UN-Expert:innen der „israelischen Regierung und ihrer Armee“ vor, viel zu wenig zu tun, um diese Gewalt zu bremsen und die Palästinenser:innen zu schützen. Weder die Aufstockung des Personals der „Jüdischen Abteilung“ des *Shin Beth* - des Inneren Sicherheitsdienstes -, die gegen jüdische Extremist:innen ermitteln soll, noch die Schaffung einer - mit geringen Mitteln ausgestatteten - „Sonderpolizei“ im Jahr 2012, die nur in der Westbank operieren soll, haben die Angriffe vor Ort gestoppt.

2013 erklärten die israelischen Behörden Organisationen, die sich zu *Mehir-Tag*-Attacken bekannten, für illegal. Sie nahmen mehrere religiöse Schulen in den Siedlungen ins Visier, insbesondere die *Od Yosef Chai Institution* in Yitzhar, die seit 2011 offiziell geschlossen ist, deren Netzwerk aber weiterhin aktiv ist, sowie Aktivist:innen rechtsextremer Organisationen wie *Lehava* (Flamme), die dafür bekannt ist, gemischte arabisch-jüdische Paare auf den Straßen von Jerusalem zu verfolgen. Viele Hügeljüngliche nehmen an Schulungen und Trainingslagern von *Lehava* teil, und *Lehava* kann seine fanatischsten Elemente für Operationen in der Westbank mobilisieren.

Die Situation schien sich im Juli 2015 zu ändern, als ein Molotowcocktail auf ein Haus im palästinensischen Dorf Duma geworfen wurde und eine ganze Familie das Leben kostete. Nur eines der Kinder, ein Vierjähriger, kam mit schweren Verbrennungen davon. Die Tat verletzt das gute israelische Gewissen und lässt das Narrativ von der unschuldigen jüdischen Bevölkerung, die sich verteidigen muss, um in Frieden und Sicherheit leben zu können, zerplatzen. Mehrere Jugendliche aus den Siedlungen wurden verhaftet und in Verwaltungshaft gebracht, eine Methode, die bis dahin nur Palästinenser:innen vorbehalten war - sie ermöglicht eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren für eine Dauer von sechs Monaten, die verlängert werden kann. Noch bedeutsamer ist, dass zwei von ihnen wegen Mordes, versuchten Mordes und Mitgliedschaft in einer „terroristischen Organisation“ angeklagt werden.

Die Äußerungen israelischer Offiziere häufen sich. Avi Arieli, ehemaliger Agent und Direktor der jüdischen Abteilung im *Shin Beth*, bezeichnet den jüdischen Terrorismus als „existenzielle Bedrohung“. Seine Äußerungen decken sich mit denen von Carmi Gilon, dem ehemaligen Direktor des *Shin Beth*, für den jüdische Extremisten zu einer „größeren Bedrohung für die jüdische Welt“ werden als die Operationen des palästinensischen Widerstands.

Stillschweigende Unterstützung und politische Multiplikatoren

In der Praxis genießen die Außenposten jedoch in den allermeisten Fällen weiterhin die stillschweigende Unterstützung der Kolonialverwaltung, die ihnen den Anschluss an die Wasser- und Stromversorgung erleichtert. So sehen sich die Hügeljungen als koloniale Vorhut: der obszöne und sichtbare Teil eines Kolonialismus, den die Israelis nicht gerne wahrnehmen, obwohl er sehr wohl das Ergebnis der Ideologie ist, die im Zentrum der Gründung ihres Staates steht. Verteidigungsminister Benny Gantz kann die Gewalt der Siedler als „ernstes Phänomen“ bezeichnen, dem er angeblich ein Ende setzen will, während er gleichzeitig sechs palästinensische NGOs, die zu den aktivsten Menschenrechtsorganisationen und im antikolonialen Kampf gehören, auf die Liste der terroristischen Organisationen setzt, ohne dass die fortschrittliche jüdische Gesellschaft sich darüber aufregt.

Die Terroristen haben auch politische Verbindungen wie der Anwalt und Parlamentsabgeordnete Itamar Ben-Gvir, Mitglied der Partei *Otzma Yehudit*, die die jüdische Vorherrschaft vertritt (*Jüdische Kraft*, Verbündeter des *Likud*). Während der Zusammenstöße in Jerusalem im Frühjahr 2021 übergab der Polizeichef Kobi Shabtai dem damaligen Premierminister Benjamin Netanjahu einen Bericht, in dem Ben-Gvir als Drahtzieher der rassistischen Ausschreitungen und Provokationen in Sheikh Jarrah und den „gemischten Städten“ angeprangert wurde.

Dieser Terrorismus ist nicht nur das Ergebnis jahrelanger Straflosigkeit, sondern auch die logische Entwicklung einer zionistischen Bewegung, die nicht in der Lage ist, einen mehrheitlich jüdischen Staat in ganz Palästina zu errichten oder die palästinensische Präsenz im Land auszulöschen. Einige träumen wohl immer noch davon, eine neue Nakba zu provozieren.

Thomas Vescovi: Lehrer und Forscher für Zeitgeschichte, Autor von La mémoire de la Nakba en Israël, L'Harmattan, 2015 und von L'échec d'une utopie, une histoire des gauches en Israël, La Découverte, 2021.

Quelle:

<https://orientxxi.info/magazine/armee-colons-et-terrorisme-juif-une-sainte-alliance-contre-les-palestiniens.5217>

- (1) www.yesh-din.org/en/data-sheet-december-2019-law-enforcement-on-israeli-civilians-in-the-west-bank/
- (2) https://www.btselem.org/publications/202111_state_business

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de